

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Haupt- und Finanzausschuss	27.05.2025	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 19:25 Uhr

öffentliche und nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.



Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Beratung und Beschluss über die Nachtragshaushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und den entsprechenden Anlagen
- 2 Informationen
- 3 Anfragen

Anwesenheitsliste

Haupt- und Finanzausschuss
vom 27.05.2025

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

Erster Beigeordneter:

Güther, Claudius

Beigeordnete:

Ester, Gerd

Strobel, Angela

CDU:

Brand, Thorsten

bis TOP 3

Hoffmann, Gisela

Kalbfuß, Thomas

bis TOP 3

Michler, Christine

Wolf, Andreas

Wolf, Markus

Zackiewicz, Jana

SPD:

Brust, Karl

Vertretung für Frau Kerstin Kissel

Lang, Ralf

Stepp, Ina

FWG:

Karst, Uli

Krick, Frank

Schmitt, Jochen

FDP:

Dick-Walther, Petra

ab 17.16 Uhr (TOP 1)

Schubert, Walter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bruns, Johanna

Giel, Thomas, Prof.

Hagen, Judith

Verwaltungsmitarbeitende:

Brill, Marcus

Dech, Annette

bis 18.30 Uhr (TOP 1)

Hubach, Carina

bis TOP 1

Pletscher, Lars

Schneider-Joseph, Christine

Sokolowski-Kühn, Maik

Wietschorke, Steffen

Schriftführerin:

Feigel, Stefanie

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Beratung und Beschluss über die Nachtragshaushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und den entsprechenden Anlagen

Vorlage: 2025/0111/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein. Sie erinnert daran, dass der Haushalt 2025 von der Kommunalaufsicht nur unter Auflagen genehmigt worden sei. So sei eine Aufstellung der freiwilligen Leistungen und eines Nachtragshaushaltsplanes gefordert worden, zudem wurde das Kreditvolumen bereits gesenkt.

Sie stellt die Gründe für die Aufstellung eines Nachtragshaushalts an Hand einer Beamer-Präsentation dar.

Sie nennt hier insbesondere die Mehrkosten für die Therme, den Ausgleich der Verluste des Salinariums sowie des ÖPNV, aber auch eine Steigerung der Verwaltungskosten.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Sie weist auf Aufgaben hin, die der Stadt von anderer Seite auferlegt worden seien, wie das Kita-Gesetz, das Ganztagsförderungsgesetz, die Grundsteuerreform und der Datenschutz. Hinzu kämen Mehrkosten durch die Erhöhung der Kreisumlage.

Bürgermeisterin Bauernschmitt stellt verschiedene Maßnahmen zum Ausgleich des Haushaltes 2025 vor.

Die Verwaltung habe alle Kostenträger und Konten überprüft und habe auf diese Weise 400.000 € eingespart. Zudem werde die Stelle des Wirtschaftsförderers sowie eine Stelle im Bereich Hochbau zunächst nicht besetzt und befristete Verträge nicht mehr verlängert. Hiermit würden nochmals rund 300.000 € eingespart.

Weiterhin seien Investitionen verschoben worden. Sie nennt hier vor allem den Umbau der Brunnenhalle.

Dennoch seien die getroffenen Maßnahmen nicht ausreichend, um die Deckungslücke zu schließen, den Haushalt auszugleichen und eine freie Finanzspitze zu erreichen.

Wolle man handlungsfähig bleiben ohne die freiwilligen Leistungen zu reduzieren, müsse man die Hebesätze anpassen.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn stellt die neuen Hebesätze und beispielhaft Auswirkungen der Anpassung der Hebesätze in Einzelfällen vor.

Bürgermeisterin Bauernschmitt nennt weitere mögliche Anpassungen von Leistungen der Stadt getrennt nach den Fachbereichen.

Es werden verschiedene Fragen gestellt, die von Bürgermeisterin Bauernschmitt, Fachbereichsleiter Pletscher und Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn beantwortet werden.

Die Beantwortung folgender Fragen wird für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zugesagt:

Ratsmitglied Brust: Welche Mehrkosten kommen durch die Anpassung der Grundsteuerhebesätze auf die Mieter in Mehrfamilienhäusern, z.B. in der Dresdener Straße, zu?

Ratsmitglied Giel: Welche Mehrkosten kommen durch die Anpassung der Grundsteuerhebesätze auf Sportvereine mit eigenen Sportplätzen zu?

Ratsmitglied Brust: Die Mittel für Lastenfahrräder wurden gestrichen. Wie werden die „Lasten“ heute transportiert?

Ratsmitglied Karst äußert Bedenken über die Anhebung der Hebesätze. Durch die Erhöhung würden Bad Dürkheimer Gewerbetreibende hart getroffen. Nirgendwo im Umfeld seien die Gewerbesteuersätze so hoch. Er hoffe, wenn die Therme in Betrieb sei, sich die finanzielle Situation wieder verbessere und auch die Hebesätze wieder gesenkt könnten.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn stellt eine Umfrage des Städtetags Rheinland-Pfalz zu den Steuersätzen der Mitgliedsstädte vor. Er weist darauf hin, dass viele Städte noch im Prozess der Haushaltsgenehmigung seien.

Anmerkung: Die Umfrage ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Ratsmitglied Giel fordert, über differenzierte Hebesätze nachzudenken. Man müsse jetzt bedenken, welche Ausgaben 2026 auf uns zu kommen, man könne nicht noch einmal an der Steuerschraube drehen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt weist auf die rechtliche Unsicherheit bzgl. der differenzierten Hebesätze hin. Man wolle vor der aufwendigen Einführung zunächst rechtliche Überprüfungen abwarten.

Ratsmitglied Giel befürwortet die Einführung von Parkgebühren für E-Autos.

Ratsmitglied Dick-Walther erinnert an die Ablehnung der FDP-Fraktion der Haushalte der letzten beiden Jahre. Man habe in den vergangenen Jahren eine solide Einnahmesituation gehabt, es bestehe aber ein Ausgabenproblem. Es sei ein schwieriges Signal für die Bürgerinnen und Bürger: Um die Mehrkosten für die Therme zu decken, werden die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten.

Man müsse überlegen, ob man andere Möglichkeiten habe. Eine mögliche Anpassung der Hebesätze sollte höchstens für 2 Jahre und nicht in der vorgeschlagenen Höhe erfolgen. Auch müssen die Planungen für 2026 auf den Prüfstand gestellt werden.

Ratsmitglied Lang schließt sich seiner Vorrednerin an und begrüßt die Verschiebung der Einstellung eines Wirtschaftsförderers.

Ratsmitglied Markus Wolf betont, dass niemand leichtfertig Steuern erhöhe, sondern der Haushaltsausgleich dies erfordere und um die Aufgaben erfüllen zu können. Er macht deutlich, dass nicht nur die Mehrkosten der Therme und die Verluste des Salinariums die Ursache für die finanzielle Situation darstellen, sondern auch andere Mehrausgaben wie die Kreisumlage.

Für Ratsmitglied Schmitt sind Steuererhöhungen unumgänglich. Diese müssten aber so gering wie möglich sein, um den Gewerbestandort attraktiv zu halten. Er begrüßt die Einsparungen der Verwaltung.

Ratsmitglied Hagen schließt sich an, kritisiert aber die Streichung von Ausgaben für den Radverkehr und die Toiletten des Jugend- und Kinderbüros. Fachbereichsleiter Wietschorke macht deutlich, dass nur Mittel für Radabstellanlagen gestrichen worden seien, nicht aber die Mittel für Markierungsarbeiten.

Ratsmitglied Schubert führt aus, die Koalitionäre und ihre Vorgänger hätten die finanzielle Entwicklung zu spät erkannt und die Vorleistungen für die Brunnenhalle unnötig ausgegeben. Einer Anhebung der Hebesätze werde er nicht zustimmen. Die FDP-Fraktion werde eigene Vorschläge machen.

Ratsmitglied Dick-Walther schlägt eine Bewirtschaftungssperre von 15 % vor bei gegenseitiger Deckungsfähigkeit.

Ratsmitglied Brust plädiert dafür, die Brunnenhalle abzureißen und neu aufzubauen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt stellt abschließend fest, es sei nun Aufgabe der Fraktionen die Verwaltungsvorschläge zu diskutieren und in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 10.6.2025 die Beratung fortzusetzen

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die vorgelegten Eckpunkte der Nachtragshaushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und den entsprechenden Anlagen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 2:

Informationen

Es werden keine Informationen erteilt.

Tagesordnungspunkt 3:

Anfragen

Ratsmitglied Lang fragt, ob es zutreffend sei, dass ein Bad Dürkheimer Bürger, der neben seinem Erstwohnsitz zusätzlich ein Grundstück auf dem Campingplatz in Bad Dürkheim habe, Zweitwohnungssteuer zahlen müsse.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn teilt mit, dass dies zutreffend sei, die Satzung knüpfe an den Zweitwohnsitz, unabhängig ob der Erstwohnsitz ebenfalls in Bad Dürkheim liege.

Ratsmitglied Lang fragt weiter nach dem Parkraumkonzept auf dem Wurstmarktplatz. Wie oft werden Protokolle geschrieben und wie ist die Entwicklung der Parkgebühren.

Bürgermeisterin Bauernschmitt sagt eine Beantwortung der Frage in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu.

Ratsmitglied Lang weist darauf hin, dass Zulieferungsverkehr auf dem Römerplatz nur bis 11.00 Uhr möglich sei. Er fragt, ob kontrolliert werde, dass nach 11.00 Uhr niemand mehr zufahre.

Ratsmitglied Michler ergänzt, dass insbesondere Paketdienste auch nach dieser Zeit den Römerplatz befahren.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, dass dieser Bereich zu verschiedenen Zeiten immer wieder kontrolliert werde. Während der Kontrolle würden auftretende Verstöße geahndet. Genaue Informationen werden in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erteilt.

Ratsmitglied Dick-Walther fragt an, wie sich die Zweitwohnungssteuer entwickele.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn informiert darüber, dass ca. 190.000 € Einnahmen erzielt werden konnten. Derzeit sei man aber mit der Bearbeitung von Widersprüchen beschäftigt.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Bauernschmitt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.13 Uhr.